Die Kunst und die Schiffahrt in der Zolltarifkommission.

In der Sitzung vom Donnerstag wurde mit der Ziffer 11 des § 5 begonnen. Hier werden zollfrei gelassen Kunstsachen, die für öffentliche Kunstanstalten und öffentliche Sammlungen sowie auch andere Gegenstände, die für öffentliche Anstalten oder öffentliche Sammlungen zu Lehr- oder Anschauungszwecken eingehen; ferner Statuen aller Art einschließlich der Büsten, Reliefs und Tierfiguren, die zu öffentlichen Kunstausstellungen eingehen, sofern sie Kunstgegenstände sind und das Ursprungsland für derartige Gegenstände deutschen Ursprungs Gegenseitigkeit gewährt.

Die Sozialdemokraten beantragen folgende Fassung: „Zollfrei bleiben Kunstsachen, welche zu Kunstausstellungen, oder für öffentliche Kunstanstalten, oder öffentliche Sammlungen sowie andere Gegenstände (einschließlich Naturalien), die für Bibliotheken, andere wissenschaftliche Sammlungen oder zu Lehr- und Anschauungszwecken eingehen."

Singer weist zur Begründung darauf hin, daß der sozialdemokratische Antrag sich dem bestehenden Gesetze anschließe. Man sollte doch keinen Anlaß haben, den Verkehr mit Gegenständen, die zur Förderung der Kultur eingehen, zu beschränken.

Unterstaatssekretär v. Fischer: Es sind Mißbräuche vorgekommen. Es liegt kein Grund vor, den Leuten, die sich reine Gegenstände auf Kunstausstellungen kaufen, den Zoll darauf zu erlassen. Nur wenn Gegenseitigkeit gewährt wird, sind Ausnahmen zulässig.

Gothein fragt an, ob nicht Petitionen von Antiquitätenhändlern vorliegen. Unsere Kunst- und Kunstgewerbeschulen müssen Lehr- und Anschauungsgegenstände haben, die sie meistens nur durch den Antiquitätenhändler beziehen können.

Schatzsekretär v. Thielmann: Der deutsche Antiquitätenhändler sitzt nur in München, Dresden und Berlin und einigen anderen Städten. Italien und Paris haben das Hauptgeschäft darin. In Venedig und Florenz werden viele Gegenstände angefertigt, die als Antiquitäten in den Handel kommen. Alle diese Dinge kommen für Kunst- und Lehrzwecke gar nicht in Betracht. Gegen diesen Mißbrauch müsse man einschreiten.

Stadthagen: Eine erhebliche Beschränkung des geltenden Gesetzes soll hier ohne jeden Grund vorgenommen werden. Die Kunst ist international und jeder Künstler ist auf Anregungen aus dem Auslande angewiesen. Will man Kultur und Kunst fördern, dann muß unser Antrag angenommen werden.

Dr. Beumer (natl.): Amerika legt einen hohen Zoll auf die Einfuhr deutscher Kunstgegenstände. Die deutschen Künstler klagen, daß wir schon zu viel internationale Kunstausstellungen haben, durch die viele ausländische Kunstwerke deutschen Kaufern zugeführt werden. Wir müssen eine nationale Kunst haben.

Speck (Zentr.) beantragt, im sozialdemokratischen Antrag hinter „Sammlungen" „öffentliche Anstalten" zu setzen.

Gothein (freis. Vereinigg.): Die Kunstanstalten sind auf die Händler angewiesen. Diese haben den Zoll zu bezahlen und wälzen ihn dann bei der Preiskalkulation auf die deutschen Museen ab.

Dr. Paasche (natl.): Das Reich braucht das Geld. Der Zoll muß also auch für Gegenstände des Kunstgewerbes genommen werden.

Dr. Zwick (freis. Volksp.): Die Fortschritte des deutschen Kunstgewerbes sind wesentlich auf Anregungen des Auslandes zurückzuführen. Auch in Bezug auf die Herstellung von Lehrmitteln ist uns das Ausland oft überlegen.

Singer: Die deutsche Kunst hat nur dadurch ihre Höhe erreicht, weil unsere Künstler nicht auf dem beschränkten Standpunkt der nationalen Kunst standen und Anregungen folgten, wo sie sie fanden. Weil Amerika sich abschließt durch den Zoll auf Kunstgegenstände, sind die amerikanischen Kunstfreunde zu Heroen in das Ausland gezwungen. Das deutsche Kunstgewerbe wurde durch die Aenderung schwer geschädigt werden. Man sollte bei jeder Zolldestimmung die Petitionen vortragen, die sich hierauf beziehen.

Dr. Heim (Zentr.) erklärt sich für den sozialdemokratischen Antrag und wünscht nur, daß vor dem Worte „Bibliotheken" das Wort „öffentliche" eingeschaltet wird.

Direktor im Reichsamt des Innern Wermuth hebt hervor, daß Kunstausstellungsgegenstände zollfrei eingehen, und daß nur dann Zoll zu bezahlen ist, wenn sie verkauft werden. Auf eine Anfrage Brömels bestätigt Geheimer Rat Wermuth, daß im wirtschaftlichen Ausschuß keine Sachverständigen über die in Rede stehende Angelegenheit vernommen worden seien.

Stadthagen wendet sich gegen Beumer, das Gute und Schöne ist nie an nationale Grenzen gebunden.

Gothein beantragt folgende Fassung: Kunstgegenstände, die für öffentliche Kunstanstalten und öffentliche Sammlungen, sowie auch andere Gegenstände, die für öffentliche Anstalten oder öffentliche Sammlungen eingehen, ferner Kunstgegenstände, die zu öffentlichen Kunstausstellungen eingehen.

Der sozialdemokratische Antrag wird hierauf mit 12 gegen 11 Stimmen in folgender Fassung angenommen: „Zollfrei bleiben: Kunstsachen, welche zu Kunstausstellungen oder für öffentliche Kunstanstalten oder öffentliche Sammlungen, sowie andere Gegenstände, die für Bibliotheken oder andere wissenschaftliche Sammlungen öffentlichen Charakters oder zu Lehr- und Anschauungszwecken eingehen." Für den Antrag stimmen die Sozialdemokraten, Freisinnigen, Zentrum, Reichspartei und der Antisemit, dagegen die Nationalliberalen und Konservativen.

Ziffer 12 des § 5 läßt zollfrei: „Materialien, die zum Bau, zur Ausbesserung oder zur Ausrüstung von See- und Flußschiffen verwendet werden, mit Ausnahme des Kaffee- und Kuchengutes. Von der Begünstigung sind die zu Luxuszwecken bestimmten Binnensee- und Flußschiffe ausgeschlossen. Die näheren Bestimmungen erläßt der Bundesrat."

Gothein (freis. Volksp.) beantragt die Worte „mit Ausnahme des Kaffee- und Kuchenbuggets" zu streichen.

Geyer (Soz.) beantragt nach „verwendet werden" einzuschalten, „sofern sie nicht aus Waren hergestellt sind, die von Deutschland aus nach dem Ausland billiger verkauft sind, als Waren der gleichen Art in Deutschland verkauft zu werden pflegen".

Gothein (freis. Volksp.) und Geyer (Soz.) begründen ihre Anträge, Brömel unterstützt sie, während sich Unterstaatssekretär Fischer gegen sie erklärt.

Mollenbuhr (Soz.): Bei Ablehnung des Antrages Gothein würden die Hamburger Werften gegen die im Zollgebiet gelegenen sehr im Vorteil sein. Nur die deutschen Händler hätten den Vorteil.

Handelsminister Möller: Die von der Regierung vorgeschlagene Fassung des Abs. 12 sei von den Sachverständigen gutgeheißen worden, welche auch erklärten, daß alle Schiffsausrüstungsgegenstände im Inlande bezogen würden.

Speck (Zentr.): Er sei kein Freund der Ausnahmen für Schiffsbaumaterialien, für die Zollfreiheit bestehe kein Bedürfnis. Er sei entschieden gegen den Antrag Gothein.

Dr. Beumer (natl.) wendet sich gegen den Antrag Geyer und verwahrt sich gegen den Vorwurf, als hätten die deutschen Werke Schmuggelkonkurrenz getrieben. Man habe die Werke nur arbeitsfähig erhalten wollen.

Direktor Wermuth: Es seien zweimal Sachverständige vernommen worden, das erste Mal auch Vertreter der Reederei, die erklärt haben, daß sie vom Auslande keine Schiffsbaumaterialien beziehen.

Gothein erklärt, die Hamburger Reeder hätten einem Antrag zugestimmt, man solle bei dem jetzigen Zustande bleiben.

Kardorff glaubt, daß die Zollfreiheit des Materials nicht nötig ist. Amerika hat nicht die Zollfreiheit und im vorigen Jahre mehr Schiffe gebaut als Deutschland.

Mollenbuhr: Die Amerikaner bauen Schiffe und geben Subventionen. Die Steuerzahler müssen dort Gelder aufbringen, die schließlich von den Eisenkartellen eingezogen werden.

Unter Ablehnung der beiden Abänderungsanträge wird Ziffer 12 des § 5 unverändert angenommen. Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr.

Neue sozialdemokratische Anträge zum Zollgesetz.

Die bereits früher angekündigten Anträge der sozialdemokratischen Mitglieder der Zolltarifkommission auf **Aufhebung der Saisoner, der Branntweinliebesgabe, der Exportprämien für Branntwein und der Exportprämien für Zucker** sind eingebracht. Ferner beantragen sie, den Bundesrat zu verpflichten, **die Zölle auf Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Hülsenfrüchte, Lupinen, Mais, Mais aufzuheben**, sowie die Verkaufspreise die im Antrag Kanitz aus dem Jahre 1894 festgelegten Verkaufspreise erreicht haben.

Ein bedenklicher Zentrumsantrag.

Das Zentrum übertrumpft noch die Freisinnigen mit einem Antrage in der Zolltarifkommission, alle städtischen Abgaben auf Lebensmittel — der freisinnige Antrag spricht nur von Brot und Fleisch — aufzuheben, soweit sie vom Reiche bezahlt werden. Der Antrag wird den Brotwucherparteien sehr unbequem werden — denn es ist für ihn eine Mehrheit da! Zentrum, Freisinnige und Sozialdemokraten bilden sie. Lehnt die Regierung den durch diesen Zusatzantrag verbesserten Zolltarif ab — was ziemlich wahrscheinlich ist — so muß, wenn das Zentrum nicht etwa seine beliebte Umfallertaktik wieder einmal ausüben will, der ganze Wuchertarif scheitern.

Ganz ausgeschlossen ist das nicht, denn dem Zentrum ist wegen der Haltung der Industriearbeiterschaft ersichtlich ungemütlich und es gäbe sicherlich viel dafür, wenn es den Tarif unschädlich machen könnte, ohne vor den Bauern die direkte Ablehnung auf sich nehmen zu müssen. Ganz ohne Hauke zu lassen, käme es ja dann auch nicht davon, aber vielleicht zöge es sich doch noch besser aus der Affaire, als wenn der Tarifentwurf zu einer regelrechten Entscheidung kommt. Verlangen doch die Konservativen schon höhnisch, daß das Zentrum mit Anträgen auf Erhöhung der Getreidezölle über die Sätze des Tarifentwurfs hinaus vorangehen solle — die Post schrieb gestern — „von den Konservativen und Freikonservativen sei die Regierung nicht im Zweifel darüber gelassen, daß jene Minimalsätze nicht als ausreichende erachtet werden könnten, und daß man entschlossen sei, den vom Zentrum zu erwartenden Anträgen auf Erhöhung der Sätze zuzustimmen." Das arme Zentrum hat aber begreiflicherweise nicht allzuviel Lust, vor den aufgeregten katholischen Arbeitern als der agrarische Hannemann zu erscheinen.

Im Lager der Bündler herrscht übrigens ziemlich gedrückte Stimmung. Die Deutsche Tagesztg. ist froh, mitteilen zu können, daß die Nationalliberalen und das Zentrum bisher noch keine Beschlüsse gegen die Erhöhung der Minimalsätze für Getreide gefaßt haben, die Kreuzztg. tröstet sich über eine Stelle der Reichstagsrede des nationalliberalen Abgeordneten Hilbck, die da lautet:

„. . . . Mit dem Tarif aber, wie Sie sich denselben denken, indem Sie über die Zollsätze der Regierungsvorlage noch weit hinausgehen wollen, machen Sie keine Handelsverträge. Einem derartigen Tarif würde ich meinesteils meine Zustimmung nicht geben, ebensowenig ein großer Teil meiner Fraktionsgenossen", mit der Erwägung, daß man allerdings nicht weit über die Sätze des Tarifs hinausgehen dürfe. Aber doch ein klein wenig. Ein „klein wenig" kann aber den 7,50 Mark-Zoll nicht einbegreifen.

In Industriekreisen scheint man sich bereits mit dem Gedanken, daß der Wuchertarif scheitere, vertraut zu machen. Das Organ der Krupp und Stumm, die Berl. N. N., erklären, der Rat, „auf Grund des jetzigen Tarifentwurfs mit dem Auslande zu verhandeln und neue Verträge abzuschließen, **hat sicherlich manches für sich.**"

Viel Wert legen demnach die Hochzöllner der Industrie nicht mehr auf das Machwerk Posadowskys!

Um so frohlicher werden wir fortfahren in der Protestbewegung gegen den Hungertarif.

Berlin, 24. Jan. In der Budgetkommission des Reichstags wurde am Donnerstag über den Marineetat weiter verhandelt. — Die Bedürfnisse der Artillerieverwaltung sowie des Torpedowesens wurden unverändert bewilligt bis auf eine Forderung für Beschaffung von Handwaffen usw. von einer halben Million, von der gegen die sechs konservativen Stimmen 200 000 M. abgestrichen werden. Die Forderungen für die Bedürfnisse des Torpedo- und des Minenwesens werden anstandslos genehmigt. Die erste Rate für ein neues Peilboot von 75 000 M. wird abgelehnt. Von einer Forderung für Beschaffung von Instrumenten und Lehrmitteln für Vermessungszwecke in Höhe von 50 000 M. werden nur 25 000 M. bewilligt. Eine erste Rate zur Herausgabe deutscher Seekarten und Segelhandbücher wird mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten angenommen.

— Ueber die Entwickelung des Kiautschougebietes in dem Reichstage die übliche Denkschrift des Reichsmarineamts mitgeteilt worden. Nach einem Auszuge der Nordd. Allg. Ztg. erblickt der Bericht „in einem überaus regen Zuzug des chinesischen Elements, und zwar gerade aus den besitzenden Kaufmannsstande in das deutsche Gebiet" einen Beweis für „die hohen Erwartungen, welche die nüchternen und geschäftskundigen Chinesen in die Zukunft der deutschen Kolonie setzen". Die Legung des Geleises der Eisenbahn Tsingtau-Kiautschou ist nach den neuesten telegraphischen Meldungen 152 Kilometer weit vorgeschritten. Es fehlen bis zur Erreichung der Hauptstation des Kohlenreviers von Weihsien nur noch 18 Kilometer, bis zur Erreichung von Weihsien selbst 30 Kilometer.

— Von der Arbeitslosigkeit scheint der Kaiser nicht ganz so optimistisch zu denken, wie seine Regierung. Der Telegraph meldet folgendes Geschichtchen: „Als der Kaiser am Dienstag vormittag von einem Spazierritt die Linden entlang kam, begegnete ihm bei der Schloßbrücke ein Trupp Arbeitsloser. Der Monarch erwiderte den Gruß der Leute und hielt plötzlich sein Pferd an. Er winkte einen auf Posten stehenden Polizei-Wachtmeister und gleich darauf einen Polizeileutnant heran und sprach mit den beiden Beamten einige Augenblicke, worauf er, sich völlig herumwendend, dem Trupp nachsah. Wie eine hiesige Korrespondenz berichtet, soll der Monarch, ins Schloß zurückgekehrt, sich zu den Herren seiner Umgebung in teilnahmsvoller Weise über die gegenwärtige Arbeitslosigkeit geäußert und hierbei bemerkt haben, daß die baldige Vornahme städtischer Arbeiten, deren Erledigung für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen sei, geeignet sein dürfte, der herrschenden Not wenigstens etwas zu steuern. Die Bittgesuche an den Kaiser, in denen die Arbeitslosigkeit und der Mangel an Verdienst bitter beklagt vorgehoben wird, gehen beim kaiserlichen Hofbriefamt täglich in großer Zahl ein, und der Kaiser hat bereits in vielen Fällen namhafte Unterstützungen gewährt. Auch hat der Monarch in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit den Wunsch ausgesprochen, daß die aus Anlaß seines Geburtstages geplante Illumination der öffentlichen Gebäude usw. möglichst eingeschränkt werde, und die hierfür bestimmten Gelder vielmehr nach Möglichkeit zu wohltätigen Zwecken verwendet werden möchten." — Ganz fortfallen werden die Festlichkeiten aber nicht.

Wieder eine Niederlage der Brotwucherer. Im Wahlkreise Schaumburg-Lippe, wo am Donnerstag die Reichstagsersatzwahl für den verstorbenen Freisinnigen Müller stattfand, wurden bis Abends für Graf Reventlow (Antisemit) 3004 Stimmen, für Architekt Demmig-Hannover (freis. Volksp.) 2978 und für Reichenbach (Soz.) 1693 Stimmen gezählt. Aus zwei Bezirken steht das Wahlergebnis noch aus. Es findet sonach Stichwahl zwischen dem antisemitischen Grafen Reventlow und dem freisinnig-volksparteilichen Architekten Demmig statt. Die Wahlbeteiligung war diesmal eine besonders rege, sie dürfte sich auf mindestens 85 Proz. beziffern. Bei der letzten Wahl wurden 2584 freisinnige, 2336 konservative, 475 antisemitische und 591 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. In der Stichwahl siegte alsdann der freisinnige Dr. Müller mit 3742 gegen 3074 konservative Stimmen. Die Konservativen hatten diesmal auf einen eigenen Kandidaten verzichtet.

Die verbündeten Brotwucherer haben also einen schweren Mißerfolg erlitten. Nur 193 Stimmen mehr brachten sie in dem fast ganz ländlichen Kreise auf, während die Freisinnigen über 100, die Sozialdemokraten über 1000 Stimmen mehr erhielten! Das ist der Erfolg der Brotwucherparole!

Demokratisches. Der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Augst sprach sich vor seinen Wählern am letzten Sonntag für eine Erhöhung der Getreidezölle von 3,50 auf 5 M. aus. Die volksparteiliche Landtagsfraktion ist in dieser Frage bekanntlich gespalten; nun tritt die Differenz auch unter dem Siebenmannerkollegium des Reichstags zu Tage, obwohl bei der ersten Lesung des Zolltarifs für Redner Payer die einmütige Ablehnung der Getreidezollerhöhung zum Ausdruck brachte. Die demokratische Presse sucht diesen auffallenden Seitensprung zu vertuschen.

Vom antipolnischen Kurs. Das Graudenzer Polenblatt Gazeta Grudziadzka teilt ein amtliches Dokument mit, das die Regierung zu Danzig dem Lehrer Jerkewitz zu Salokowo gesandt hat. Es heißt darin: „Durch glaubwürdige Zeugen ist festgestellt worden, daß Sie sich öfters mit Personen, die der deutschen Sprache vollständig mächtig sind, öffentlich polnisch unterhalten. Gemäß der Ministerialverfügung vom 12. April 1898, die Ihnen zur Kenntnis gebracht worden ist, sind Sie verpflichtet, durch Ihr eigenes Beispiel den patriotischen Geist zu stärken und die Bestrebungen des Deutschtums zu unterstützen." Weil er dem durch die polnische Unterhaltung zuwidergehandelt, ist der Lehrer entsetzt worden. Wie die Gazeta Grudziadzka weiter mitteilt, bemühte sich darauf der Lehrer Jerkewitz um eine Lehrerstellung im Regierungsbezirk Köslin. Er wurde aber vom Kultusminister abschlägig beschieden.

Ein Kriegsgerichtsurteil. Das Urteil gegen den Leutnant Fürst Wrede zu Bamberg gehört nicht unter die Chronik der Soldatenmißhandlungen, worunter wir es vor gestern brachten. Nichtsdestoweniger ist es sehr interessant. Der „Ulk" der Kaiser-Ulanen-Offiziere in Bamberg nach der Weihnachtsfeier Ende Dezember wird noch besonders gekennzeichnet, hieß es seiner Zeit. Am Dienstag erfolgte diese besondere Abrundung vor dem Würzburger Kriegsgericht. Angeklagter war der Ulanenleutnant Fürst Karl Wrede, der den nächtlichen Straßenulk inszeniert hatte. Die Anklage lautete auf Mißbrauch der Dienstgewalt (weil der Leutnant der Regimentsmusik befohlen hatte, in den Straßen zu spielen), Uebertretung des Vereinsgesetzes (Umzug), groben Unfug und Uebertretung der Straßenpolizeiordnung (Reiten auf den Trottoirs). Das Gericht erkannte wegen des ersten Deliktes auf drei Tage Stubenarrest, wegen der drei anderen Vergehen auf zusammen 18 M. Geldstrafe. Der Verurteilte hat gegen diese Strafe die Berufung zum Ober-

---

Setzt er sich erst etwas in den Kopf, dann ist er imstande, die größten Dummheiten zu machen. Ja wohl — ich würde mich gar nicht wundern, wenn er uns eines schönen Tages erklärte, er wolle ein solches Frauenzimmer heiraten."

„Aber liebe Adelaide — Wie kannst Du doch so etwas denken! Das dürfte natürlich nicht geschehen — auf keinen Fall — natürlich nicht!"

„Ja, ja — ich habe vieles der Art gesehen," antwortete Frau Bennechen. „Man sagt so lange: das ist unmöglich, bis der Schaden geschehen ist, und dann sitzt man bis über die Ohren im Skandal drin. Nein, bei so etwas soll man rechtzeitig vorbauen — das ist meine Meinung; und fort muß sie, das abscheuliche, rothaarige Ding! Stell Dir nur vor, Daniel, welcher fürchterliche Geschmack!"

„Du weißt aber doch, daß auch Alfred —"

„Kommst Du nun schon wieder mit Alfred! Den hast Du nie gemocht! Alfred hat etwas von einem Künstler in sich, wie viele in unserer Familie. Die Farbenzusammenstellung rotes Haar auf weißer Haut — oder etwas ähnliches — das reizt ihn. Und außerdem! Ich denke, Alter, in seinem Alter warst Du auch nicht gerade wählerisch!"

Dieses Argument war das schwere Geschütz der Frau Staatsrat, das im Kampfe stets den Ausschlag gab. Außerdem wurde gerade zu Tisch gerufen.

„Wo ist Alfred?" fragte der Staatsrat, da nur die Wirtschafterin im Speisezimmer zu sehen war.

„Alfred! Der Arme! Er wird heute nicht zu Tisch kommen," antwortete Frau Bennechen. „Er war heute vormittag hier und teilte mit, daß er vom Amt direkt zu Erikson gehen werde — Du weißt, zu jenem Freund, dem Kandidaten Erikson, der schwer krank ist."

Der Staatsrat machte im Stillen die Bemerkung, daß die Krankheit des Kandidaten Erikson sehr langwierig war.

„Hilda aber — wo ist das Fräulein?" fragte Frau Bennechen.

„Das Fräulein wird sogleich kommen," antwortete die Wirtschafterin. „Sie hat befohlen, das Dienstmädchen möge sie rufen, sobald gedeckt sei. Sie ist in der Portierswohnung."

„Hörst Du, Daniel!" flüsterte die Frau. „Das geriebene Ding fängt damit an, daß sie sich bei der Schwester einschmeichelt."

Als Hilda kam, wollte sie von ihrer neuen Freundin Christine erzählen; die Mutter fertigte sie aber kurz ab. Und als sie auch beim Vater keine Stütze fand, schwieg sie.

Sie würgten alle schweigend die Speisen hinunter, verdrossen und verstimmt.

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

„Jugendstil" in der Politik.

Jugendstil und Politik
Wie reimt sich das zusammen?
Der Jugendstil in meinem Sinne,
Die Politik oft sehr verwerfe,
So reimt sich das zusammen. (Jugend.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020124/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG